Landesamt für Natur, Stand: 2024

Umwelt und Verbraucherschutz

Nordrhein-Westfalen

Fachbereich 17

40208 Düsseldorf

# Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

(Projektförderung)

Betr.: Gewährung einer Zuwendung zur Beschaffung von Drohnen mit Wärmebildkameras zur Rehkitzrettung 2024

|  |
| --- |
| 1. **Antragstellerin / Antragsteller**
 |
| * 1. Name / Bezeichnung

(antragsberechtigt sind ausschließlich nordrhein-westfälische Kreisjägerschaften) |       |
| 1.2 Rechtsform |       |
| 1.3 Anschrift | Straße / PLZ, Ort      |
| 1.4 vertreten durch | Name(n), Vorname(n), Funktion     Tel.:       Fax:      E-Mail:       |
| 1.5 Auskunft erteilt | Name / Tel. (Durchwahl) / E-Mail / Fax /      Tel.:       Fax:      E-Mail:       |
| 1.6 Bankverbindung | IBAN: DE       |
| BIC:       |
| Bezeichnung des Kreditinstituts      |

|  |
| --- |
| 1. **Maßnahme**
 |
| 2.1 Bezeichnung (kurze, eindeutige Bezeichnung der beabsichtigten Maßnahme) | Beschaffung von Drohnen mit Wärmebildkameras zur Rehkitz-rettung |
| 2.2 Maßnahme wird in Nordrhein- Westfalen realisiert und wirksam[[1]](#footnote-1) | [ ]  ja | [ ]  nein |
| 2.3 Durchführungszeitraum | Beginn des Vorhabens: | Ende des Vorhabens: |
|  |       |       |
|  | (Tag / Monat / Jahr) | (Tag / Monat / Jahr) |
| 1. **Finanzierungsplan**
 |
|  | Gesamt € |
| 1 |  |
| 3.1 Gesamtkosten(lt. beil. Kostenvoranschlag/Kostengliederung) |       |
| 3.2 davon grundsätzlichzuwendungsfähige Ausgaben |       |
| 3.3 abzüglich Leistungen Dritter |       |
| (ohne öffentliche Förderung) |  |
| 3.4 zuwendungsfähigeGesamtausgaben |       |
| 3.5 beantragte Förderung (Nr. 4) |       |
| 3.6 beantragte / bewilligte öffent-liche Förderung (ohne 3.5) durch:.................................................... |       |
| 3.7 Eigenanteil[[2]](#footnote-2) |       |

|  |
| --- |
| 1. **Beantragte Förderung**
 |
| Zuwendungsbereich / Kostenpositionen | zuwendungs-fähige Kosten€ | Zuschuss€ | v. H.von Spalte 2 |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
| **Summe Gesamtkosten:** |  |  |  |

|  |
| --- |
| 1. **Begründung**
 |
| * 1. Zur Notwendigkeit der Maßnahme (Ziel / Ziele, Kriterien zur Erfolgskontrolle)

      |
| 5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (wie Eigenanteil, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten) |
|       |

|  |
| --- |
| 1. **Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen**
 |
| Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgelasten für die Antragstellerin / für den Antragsteller, die Finanzlage der Antragstellerin / des Antragstellers usw. |
|       |
| 1. **Anlagen**
 |
| [ ]  a) Vereinsregisterauszug bzw. Nachweis der Rechtsfähigkeit |
| [ ]  b) Satzung |
| [ ]  c) Vertretungsberechtigung(siehe „Anlage zu Ziffer 7 c des Antrags“, sofern Angaben in Ziffer 1.3 und 1.4 voneinander abweichen bzw. zusätzliche Personen mit der Wahrnehmung von Angelegenheiten des Fördervorhabens beauftragt sind) |
| [ ]  d) Projektbeschreibung |
| [ ]  e) Nachweis, dass die Finanzierung durch die Eigenmittel gesichert ist (in Form eines **[ ]**  Kontoauszugs bzw. **[ ]**  einer verbindlichen Bestätigung der Hausbank) |
| [ ]  f) Anlage Terroraktivitäten |
| [ ]  g) weitere Anlagen:*
*
 |

|  |
| --- |
| 1. **Erklärungen**
 |
| Die Antragstellerin / der Antragsteller erklärt, dass |
| * 1. mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.
	2. sie / er im Jahre 2024

[ ]  keine Landes- oder Bundesförderung für die Anschaffung einer Drohne zur Rehkitzrettungerhalten hat.[ ]  eine Landes- oder Bundesförderung in Höhe von **€** für die Anschaffung einer Drohne zur Rehkitzrettung erhalten hat. (Bitte Zuwendungsbescheid beifügen.)* 1. sie / er zum Vorsteuerabzug

[ ]  nicht berechtigt ist.[ ]  berechtigt ist; und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr. 3.1) berücksichtigt hat(Preise ohne Umsatzsteuer).* 1. der Antragsvordruck nicht verändert wurde und die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.
	2. alle Erkenntnisse und Ergebnisse, die ihr / ihm aus der Durchführung des Vorhabens erwachsen, dem LANUV verfügbar gemacht werden und sowohl das Land NRW als auch sie / er selbst zur Verbreitung der Projektergebnisse an die Allgemeinheit berechtigt ist.
	3. der Gegenstand nicht bereits gefördert worden ist und eine Förderung nicht nach anderen Bestimmungen erfolgt.
	4. sie /er damit einverstanden ist, dass ihre / seine Angaben zum Zwecke der Auftragsverarbeitung und Projektverwaltung im automatisierten Verfahren im LANUV gespeichert, verarbeitet und im Rahmen eines Projekt- und Programmcontrollings ausgewertet werden. Soweit andere Stellen mit der Antragsbearbeitung und Projektverwaltung beauftragt sind, werden die Daten dort gespeichert und verarbeitet sowie an das zuständige Ministerium weitergeleitet. Eine Löschung der Daten erfolgt, sobald und soweit sie für die Zwecke, zu denen sie gespeichert wurden, nicht mehr benötigt werden.

Wird die Einwilligung verweigert, so steht dies dem Zustandekommen des begehrten Rechtsverhältnisses entgegen. Wird die Zustimmung erteilt, so kann diese nur bis zur ersten Mittelauszahlung widerrufen werden. Ein Widerruf der Einwilligung kann zur Aufhebung des begehrten Rechtsverhältnisses führen. Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, im Falle der Bewilligung den Namen des Antragsstellers und ggf. Kooperationspartners, die Projektbezeichnung, die Gesamtausgaben der Maßnahme und die bewilligte Zuwendung zu veröffentlichen. |
| * 1. ihr / ihm bekannt ist, dass die zuständigen Stellen grundsätzlich verpflichtet sind, der Antragstellerin / dem Antragsteller auf Antrag Auskunft über die zur Person verarbeiteten Daten, den Zweck und die Rechtsgrundlage der Verarbeitung, die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen sowie die allgemeinen technischen Bedingungen der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten zu geben. Grundsätzlich ist eine Auskunftsverweigerung zu begründen. Werden Auskunft und Einsichtnahme nicht gewährt, kann sich die Antragstellerin / der Antragsteller an die Landesbeauftragte für den Datenschutz wenden. Die Einzelheiten des Datenschutzes ergeben sich aus dem Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSG NRW) in der jeweils geltenden Fassung (SGV.NRW.20061).
 |
| * 1. ihr / ihm bekannt ist, dass von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Festsetzung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, angefordert werden können.
 |
| * 1. ihr / ihm bekannt ist, dass die Zuwendungen, insbesondere bei Nichteinhaltung der übernommenen Verpflichtungen sowie bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen, zurückgefordert werden können. Der Erstattungsanspruch ist mit seiner Entstehung fällig und von diesem Zeitpunkt an mit 3 v.H. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu verzinsen.
 |
| * 1. ihr / ihm der Inhalt der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Absatzes land- und ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse bekannt ist und dieser Antrag unter Berücksichtigung derselbigen gestellt wird.
	2. ihr / ihm bekannt ist, dass
* alle Angaben im Antrag einschließlich mit Antragstellung vorgelegter und nachgereichter Antragsunterlagen) subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NRW. 73) in der jeweils geltenden Fassung sowie § 2 Abs. 1 Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) in der jeweils geltenden Fassung sind, das heißt, unter den im § 264 Strafgesetzbuch genannten Voraussetzungen kann es unter anderem strafbar sein, falsche Angaben im Zusammenhang mit der Gewährung von Zuwendungen zu machen,
* sie / er verpflichtet ist, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind.
 |

|  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| **Ich / wir versichere / n die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und erkenne / n die dargelegten Hinweise, Verpflichtungen, Einwilligungen und Erklärungen für mich / uns als verbindlich an.**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Ort, Datum** |  | **Unterschrift 1. Vorstandsmitglied**  |
|  |  | (Name / Funktion) |

 |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|  **Ort, Datum** |  | **Unterschrift 2. Vorstandsmitglied**  |
|  |  | (Name / Funktion) |

**Anlage zu Ziffer 7 c) des Antrags**

**Vertretungsberechtigung**

Hiermit erkläre ich, die Antragstellerin / der Antragsteller, dass für folgende Beschäftigte / Personen

|  |  |
| --- | --- |
| Name (Druckbuchstaben) | Unterschriften (Original) der / des Vertretungsberechtigten  |
|       |  |
|       |  |
|       |  |
|       |  |
|       |  |

eine rechtliche **Vollmacht** zur Vertretung in Angelegenheiten des Fördervorhabens

|  |
| --- |
| Kurzbezeichnung gem. Ziffer 2.1 des Antrags |
|       |

mit Antragstellung vom

|  |
| --- |
|       |

eingeräumt ist.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|       |  |  |
| **Ort, Datum** |  |  **Unterschrift 1. Vorstandsmitglied**  |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|       |  |  |
| **Ort, Datum** |  |  **Unterschrift 2. Vorstandsmitglied**  |

**Anlage zu Ziffer 7 f) des Antrags**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Landesamt für Natur,****Umwelt und Verbraucherschutz****Nordrhein-Westfalen****- Fachbereich 17 -** |  | **Erklärung** |
| Anlagen zum Antrag vom       |
|  |
| Antragsteller / in |
|  |
|  |
| Maßnahme |
|  |

Die Antragstellerin oder der Antragsteller versichert, dass die Zuwendungen

a) nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und

b) die Antragstellerin oder der Antragssteller keine terroristische Vereinigung ist oder terroristische Vereinigungen unterstützt.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| (Ort, Datum) |  | (Rechtsverbindliche Unterschrift) |

1. Gefördert werden nur Maßnahmen, soweit sie in NRW realisiert und wirksam werden. [↑](#footnote-ref-1)
2. Ihr Anteil, den Sie im Falle einer Förderung an den zuwendungsfähigen Kosten selbst zu tragen haben [Bsp.: zuwendungsfähige Gesamtkosten = 10 T€ (= 100 %), Förderung = 5 T€ (Fördersatz 50%) Eigenanteil = 5 T€ (= 50%)]. [↑](#footnote-ref-2)